

Einleitung zur neuen Serie

Roland Sturm

Es ist paradox. Die Klagen über demokratische Defizite in Deutschland sind zahlreich, wenn es aber konkret werden soll, entgleitet die Demokratiedebatte ins Detail oder ins Vage. Heraus kommen sehr individuelle Weltansichten und sehr unterschiedliche Auffassungen, was Demokratie eigentlich ausmacht. Das Reden über Demokratie ist schwerer geworden. Einige meinen, es sei ohnehin überflüssig. Wir leben, so meinen manche, in einer „Post-Demokratie“, in der es zwar noch die Fassade demokratischer Wahlen gibt, die aber als Institution und als Gefäß der Repräsentation des Gemeinwohls weitgehend entleert sei. Andere gehen noch weiter und halten nicht einmal den politischen Diskurs für möglich. In einer postfaktischen Gesellschaft wird dieser nur inszeniert, „Wahrheiten“ werden erfunden und Glaube und Gefühl ersetzen Wissen. Dies sei eine neue Chance für Pseudoreligionen, Populisten und Heilsversprechen.

Kompliziert wird es, weil diejenigen, die die Demokratie begraben wollen, reale Probleme beobachten, auch wenn ihre Antworten auf diese Probleme unbefriedigend ausfallen oder fehlen. Traditionelle Staatlichkeit und der Individualismus als ausschließender Imperativ haben sich als Gegenpole etabliert, wodurch die individuelle Sichtweise das Gemeinwohl quasi parzelliert. Die Gesellschaft zerfasert, weil sie zwar noch gemeinsame Institutionen hat, aber immer weniger von allen geteilte Normen und Erwartungen an den Mitmenschen und an politische Institutionen. Über „gute“ Politik wird nicht länger aufgrund von Weltanschauungen entschieden, sondern aufgrund von situativen Befindlichkeiten. Die Parteien wagen es nicht mehr durch Programmdebatten auch strittige Ziele vorzugeben. Stattdessen überwiegt die Umfragen



Prof. Dr. Roland Sturm
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

gesteuerte Ausrichtung politischer Aussagen am Wählerwillen. Dass es einen einheitlichen Wählerwillen nicht geben kann, dass Lobbyismus und Interessenpolitik ebenfalls auf politische Entscheider einwirken, macht eine solche Strategie zu einem eigenständigen Problem. Sie erzeugt mehr Unzufriedenheit mit der Politik als sie auffangen kann. Und sie ist so ziellos wie die „Stimmungsdemokratie“, der sie sich verpflichtet.

Bei anhaltender Kritik an der „politischen Klasse“, bei nicht enden wollender „Politikverdrossenheit“, wurde immer wieder ein kurzschlüssiger Ausweg gesucht. Zum Beispiel: Weniger Politik und mehr Bürgerwille durch direkte Demokratie. Aber auch die direkte Demokratie ist nicht voraussetzungslos. Wer mitentscheidet, ohne informiert zu sein, stärkt das Gemeinwohl nicht, ganz egal ob er Parlamentarier wählt oder Sach- und Personalentscheidungen direkt beeinflusst. Dem wird entgegengehalten, es sei nie so leicht gewesen, sich zu informieren, wie heute. Information sei überall – im Netz, in den traditionellen Medien, am Arbeitsplatz – eher zu viel, so scheint es. Sich gezielt brauchbare Informationen zu beschaffen, hat aber Transaktionskosten, die sich viele sparen wollen, bzw. wegen ihrer Lebensumstände sparen müssen. Auch wenn Jugendliche mit dem Smart-Phone in der Hand den aufrechten Gang verlernt haben, taten sie dies nicht unter der Last von zu viel Wissen. Dieses bleibt in der Regel im Smart-Phone, neu sind seine jederzeitige Abrufbarkeit und vor allem der fehlende Filter bei den Jugendlichen (und nicht nur bei diesen) für die notwendige individuelle Urteilsbildung. Wo bleibt der mündige Bürger, der sein Gemeinwesen mitgestalten will? Wie macht man Zuwanderer zu Staatsbürgern, die für das deutsche Gemeinwesen Interesse und Engagement entwickeln? Stellen wir heute noch allen eine „Demokratiekultur“ zur Verfügung, in die man hineinwachsen kann?

Eher schon eine „Zuschauerdemokratie“, so der Blick von außen, die geprägt ist vom Konsum politischer Leistungen. Der Politiker ist hier „Dienstleister“, den man „wegklicken“ möchte, wenn er „versagt“. Die Aufmerksamkeitsspanne der „Zuschauer“ ist gering und das „Verfallsdatum“ für politische Popularität kurz. Bürger und Bürgerinnen haben die Geduld mit der Politik verloren und missverstehen politische Prozesse.

Dass von der Ankündigung eines Gesetzesvorhabens bis zu dessen parlamentarischer Verabschiedung notwendigerweise Zeit vergehen muss, weil verschiedene Positionen gehört und geprüft werden müssen, dass sich dabei Ankündigungen in der Umsetzung verändern und dass es häufig auch unschöne Kompromisse gibt, scheint weitgehend unbekannt.

Da ist doch eine Talk Show vermeintlich klarer. Alle reden, alle fordern, keiner übernimmt Verantwortung und wenn die Sendezeit zu Ende ist, ist nichts passiert, außer dass Bürgerinnen und Bürger neue und alte Feindbilder bestätigt sehen.

Dem Politikkonsumenten (auch wenn er zur Minderheit der politisch Interessierten gehört) steht quasi als funktionales Gegenbild der „Berufspolitiker“ gegenüber, der andere Prioritäten haben kann als diejenige, im Zweifelsfall für eine Überzeugung einzutreten. Die Karriere „Kreissaal-Hörsaal-Plenarsaal“, so das Bonmot, ohne Berührung mit der Realität und abhängig vom Wohlwollen seiner Partei, um durch Ämter seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, zeichnet angeblich den modernen Berufspolitiker aus. In sein Amt kommt er durch die Unterstützung von ein bis zwei Prozent der Bevölkerung, die in Parteien aktiv mitarbeiten. Hier wird er Kandidat. Dann erst haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Der Berufspolitiker kommuniziert (notgedrungen, weil zu politischen Versammlungen nur wenige, größtenteils betagte Menschen kommen) über die Medien. Er oder sie müht sich mit den neuen sozialen Medien ab, twittert was das Zeug hält (meist ohne innere Überzeugung), und klebt an jedem Mikrophon, das Reporter ihr oder ihm vor die Nase halten. Selbst die Regie-

rungschefin verkündet wichtige politische Weichenstellungen erst bei Anne Will, bevor sie das Parlament informiert. Wer sich dergestalt in die Abhängigkeit von Medien begeben muss auch deren Gesetzmäßigkeiten akzeptieren. Eines der Opfer der schnelllebigen Medienkommunikation ist das differenzierte Argument, wozu auch gehört, Irrtümer zu erkennen und einzugestehen, ohne dass dies als politische Schwäche ausgelegt wird.

Wir leben in einer „Mediendemokratie“, in der die Medien mit der Politik symbiotisch „verschmelzen“, im Extremfall sogar nur im „Raumschiff“ Hauptstadt. Die Medien sind bei aller Nähe zur Macht dennoch nicht das Sprachrohr der Politik, werden aber von Populisten als „Lügenpresse“ beschimpft, weil sie den Medien unterstellen, durch Auslassungen und Akzentsetzungen selbst Politik zu machen. Insbesondere gebe es offizielle Sprachregelungen und Denkverbote. Politisch korrekte Verhaltensweisen anzumahnen, ist weit weniger als das. Es heißt aber dennoch zu „erziehen“. Wie aber soll ein Staat erziehen? Soll er es überhaupt? Was ist mit der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger? Was kommt bei solchen Erziehungsbemühungen heraus? Gelingende politische Bildung würde den Respekt vor Andersdenkenden, vor Menschen anderer Herkunft und religiöse Toleranz stärken. Oberflächlicher Zwang zur formalen politischen Korrektheit führt zu Parallelwelten. In der Öffentlichkeit wird respektvoll geredet, gedacht und gehandelt wird weiterhin respektlos. Im ökonomisierten Denken des öffentlichen Diskurses werden Anreize zum richtigen Denken empfohlen. Nicht mehr die Kultur der Demokratie wird bemüht, sondern Psychologen sollen Rezepte liefern, wie zum Beispiel das „nudging“, also das Überlisten der Bürgerinnen und Bürger mit konsumentengerechten Vorteilen. Dazu gehören Belohnungen für gesünderes Leben, mehr oder weniger subtil angelegt, beispielsweise um die Raucher (abschreckende Bilder auf Zigarettenschachteln) zu entwöhnen. In Großbritannien verlangt man für Produkte mit viel Zucker höhere Steuern. In Deutschland bietet man Prämien, damit Elektroautos gekauft werden. Bürger und Bürgerinnen werden von der Politik für manipulierbar gehalten und nicht länger für Menschen, die Argumenten zugänglich sind.

Demokratiekultur kann man nicht in den Medien oder in Computerspielen lernen, wo Konflikte meist mit Gewalt ausgetragen werden. Sie ist auch nicht durch das „Ehrenamt“ zu retten, auch wenn dies zweifellos in den meisten Fällen vorbildlich am Gemeinwohl orientiert ist. Demokratiekultur zu bewahren und zu entwickeln ist eine der zentralen Aufgaben der politischen Bildung. Mit der Relativierung von Wissen, sowohl von Erkenntnis als auch von bereits Erkanntem und Nachweisbarem, ist das Erbe der Aufklärung bedroht. Der mündige Bürger/die mündige Bürgerin, fähig zur unabhängigen Urteilsbildung, ist Voraussetzung von funktionierender Demokratie. Unsere neue Serie „Demokratie in Deutschland“ widmet sich dem angesprochenen Fragekatalog und weiteren darüber hinausreichenden Fragen der Demokratie. Wir sind offen für Themenvorschläge unserer Leserschaft. Also: wenn Sie ein Demokratieproblem umtreibt, ein Thema, dem man sich „endlich mal“ widmen sollte, schreiben Sie der Redaktion der GWP.

Der erste Essay in unserer Serie stammt von der früheren Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff, die sich mit der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Bundesverfassungsgericht auseinandersetzt. Weitere Essays, die sich problembezogen mit demokratischen Herausforderungen der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen, werden folgen, z.B. zu den Themen Politikverdrossenheit, soziale Marktwirtschaft als wirtschaftsdemokratische Ordnung, Überforderung der Politik, Populismus und demokratisches Defizit der EU. Die neue Serie soll einen Beitrag der GWP zur Gestaltung unserer Demokratie in der brisanten Situation der Gegenwart liefern.

Für den Lernerfolg



Susanne Feske
Erik Antonczyk
Simon Oerding (Hrsg.)

Einführung in die Inter-
nationalen Beziehungen

Ein Lehrbuch

2014. 294 Seiten. Kart.
24,90 € (D), 25,60 € (A)
ISBN 978-3-86649-257-8
eISBN 978-3-8474-0462-0

In diesem Lehrbuch werden die verschiedenen Gebiete der Theorien der Internationalen Beziehungen von Autorinnen und Autoren aus der Lehre und Praxis mit fundierten Kenntnissen und einem verständlichen Stil dargestellt. Das Buch wendet sich sowohl an Studierende des Faches, aber auch an die interessierte Leserschaft, wie Politiker und Journalisten.

Verfasser sind u.a Autorinnen wie Prof. Doris Fuchs, Katharina Glaab und Antonia Graf und Autoren wie Prof. Dr. Daase und Prof. Dr. Gareis.



www.shop.budrich-academic.de